

in Südwelt, hat schon manchen Genossen zu der Idee einer friedlichen, humanen, vor solchen Bluttaten nicht beflechten Kolonialpolitik kommen lassen, die wir guthießen könnten. Daraus mag eine Betrachtung der friedlichen Kolonialpolitik angebracht erscheinen, die die Engländer in Ostafrika in Anwendung bringen. Nach diesem Typus wird überall vorgehen, wo man nicht sofort mit Soldaten drauflos schlägt.

Über das Land weit zerstreut wohnen die Negerstämme, die von Ackerbau, Jagd und Viehzucht leben. Sie sind noch sehr primitive Menschen; Kleider kennen sie nicht, und sich den Körper bedecken gilt bei vielen Stämmen als unanständig. Der Einzelne lebt ganz in seinem Stammbereich; der Stamm ist seine Familie, sein Staat, sein Schutz, gleichsam ein fester Körper, von dem er nur ein Glied ist. Privates Grundbesitz kennt er nicht; jeder findet seinen Acker und seinen sonstigen Lebensunterhalt innerhalb des Gebietes, das der Stamm bewohnt.

Diese Menschen haben nichts davon gehört, als die englische und die deutsche Regierung Ostafrika unter sich teilten; ihre Zustimmung wurde bekanntlich nicht eingeholt. Und als irgend ein paar Weiße mit der Mitteilung zu ihnen kamen, daß sie jetzt unter der Oberhoheit des Königs von England ständen, werden sie kaum verstanden haben, was das bedeutete. Die neuen Herrscher bestimmten, daß weiterhin europäisches Recht für das Land gelten sollte; und das bekamen die Eingeborenen bald schlimmer zu spüren.

Um die Dörfer herum liegt massenhaft unbebautes Land, und der Europäer, der es nicht eingezäunt findet, sagt: es ist herrenlos. Das europäische Recht kennt nur Privateigentum und kein Gemeineigentum, nur Einzelpersonen und keinen Stamm, auch keinen Stammesbesitz. In dem Stamm sieht der Europäer nur den kleinen Staat; an die Stelle dieser Staatlichkeit ist aber der große Staat England getreten. Das unbebaute Land ist Stammes- also Staatsbesitz; der Staat, also jetzt die englische Kolonialverwaltung, kann es denjenigen verkaufen, die hier einen neuen Wohnsitz oder eine Plantagenwirtschaft gründen wollen. So wird durch eine Neidspaltung der Stamm von seinem Grund und Boden, deren Naturprodukte einen bedeutenden Teil zu seinem Lebensunterhalt beitragen, veranlaßt. Weiße Ansiedler setzen sich auf dem von ihnen erworbenen Boden fest. Der Neger begreift nichts davon — dafür ist er ja ein unzivilisierter Wilder — aber er hat vorerst noch Land. Vielleicht kommt es zu Streitereien und dann zieht er den Kürzeren; vielleicht auch führt er sich und sieht sich allmählich immer mehr in seinem Gebiet und in seiner Bewegungsfreiheit eingeengt.

Damit ist sein weißer Nachbar nicht zufrieden. Wofür ist er hergezogen? Wohl um in einem besseren Wohnsitz, inmitten des herrlichen tropischen Überflusses sein weiteres Leben zu verbringen? Nein, er will möglichst bald nach der Heimat zurück, und er ist nur hierhergekommen, um das Geld zu verdienen, das in Europa die Bedingung des Wohllebens bildet. Er kommt nicht selbst sein Gärtnern zu befehlen, sondern um Neger auf seiner Plantage arbeiten und Kaffee oder andere Produkte für den europäischen Markt produzieren zu lassen.

Er lädt seine schwarzen Nachbarn ein, gegen Vöhrn bei ihm zu arbeiten. Er bietet Werk. Aber keiner kommt. Selbstverständlich nicht; denn was soll der primitive Ackerbauer mit Geld? Sein Acker gibt ihm seine Lebensunterhalt; und wäre ihm auch fast alles Land abgenommen, in diesem sippigen Klima macht die Natur alle Vermehrungsversuche auszuhänden. Der weiße Pfälzer lernt hier die Grundtatsache des Kapitalismus verstehen, daß die Arbeitskraft zuerst eine für Geld läufige Ware, der einzige Besitz eines beschäftigten Proletariers sein muß, welche die Ausbeutung möglich ist.

In dieser Not helfen ihm seine Freunde, Kirche und Staat. Der Staat legt den Eingeborenen eine Abgabe auf. Den Schuh, den England ihnen bietet, brauchen sie doch nicht umsonst zu haben. Es ist doch wohl etwas wert, unter europäischer Kolonialverwaltung zu leben! Steuern bringen immer und überall die Bauern in die Abhängigkeit der Kapitalisten. Die Geldsteuer zwingt auch die Neger gegen Vöhrn für die Weihen zu arbeiten.

Zu anderer Weise wirken die Missionäre an demselben törichten Ziel mit. Sie bringen, wenn sie wenigstens die

wahr, daß alles hat er dir erzählt? — Wieviel Jahre bekam Peter doch?" fragte er weiter.

"Vierthalb."

Vierthalb, und erst drei vorüber. Noch einundhalb Jahr, Tag für Tag in der Karre mit nur Kugel am Bein. Das würde uns nicht behagen. Was, Meister? Aber da ist nichts zu machen. Und das müssen wir doch sagen, Meister. Verdient hat der ehrliche Peter seine vierundhalb Jahre redlich. Wohin solls führen, wenn man sich nicht mehr auf eine Unterschrift verlassen kann? Das empfinden wir Geschäftsleute am ersten. Nicht wahr, Meister?"

Der Alte stöhnte.

"Schweig, Jochen!"

"Weshalb soll ich schweigen? Was bist du Tonisch! Das, was Peter getan hat und was er zu verbüßen hat, das geht uns beide doch nichts an."

"Bitte, lieber Jochen, höre auf. Ich beschwöre dich bei deiner Seligkeit, ich beschwöre dich bei meiner Mutter!"

"Wenn du die Mutter anrufst, dann muß ich freilich still sein."

"Wir kommen morgen, du sollst nicht umsonst warten."

Harder war ganz zerknirscht.

"Das ist mir angenehm zu hören. Ihr sollt mir sehr willkommen sein. Dann ist ja alles gut. Und nun sei kein Narr, Schwiegerbater, und steig auf! Wir fahren zusammen ins Dorf."

"Läß mich allein, Jochen! Ich bitte dich, ich siehe dich an. Ich kann nicht, ich kann nicht."

"Tonischer Knau! Dein Wille geschehe!"

Er nahm die Peitsche aus dem Futteral und lockerte die Bügel.

"Ja, alter Fuchs," rebte er zum Pferd hinüber, "wie fahren allein weiter. Unser Schwiegerbater kann heute noch nicht. Aber morgen kann er, kommt!"

So rollte Jochen rasch davon.

(Fortsetzung folgt.)

richtigen, praktischen Deute sind, den Helden nicht nur das Bibelwort, sondern auch Kultur, d. h. europäische Gewohnheiten; vor allem lehren sie die Neger, daß Nachhaltigkeit „unanständig“ und „sündig“ ist, und bei der Laufe erhält jeder Läufer ein farbiges Baumwollwollenes, in Manchester fabriziertes Kleid. So wird der Neger zum Kunden der englischen Baumwollfabriken erzogen; kein Wunder, daß die Baumwollfabriken die elfrigsten finanziellen Unterstützer der Missionsgesellschaften sind. Hat der Neger sich diese Kleidung angewöhnt und geht er als „gesitteter Mensch“ umher, so braucht er auch wieder mehr Geld, und hat er mehr Anlaß, seine Arbeitskraft zu verkaufen.

Allerdings, zur Zufriedenheit der Pfälzer geht es noch nicht. Der Neger lernt hier eine ganz andere Art Arbeit kennen, als seine bisherige Arbeit für den eigenen Lebensunterhalt. Seine lebensfrohe Natur hält es bei dem Schaffen nicht aus, die Sehnsucht nach seiner alten Freiheit packt ihn mit unverstehlicher Gewalt und auf einmal verdrängt er. Die Pfälzer schimpfen immerfort über die „Faulheit“ der Neger, die den Segen der Arbeit gar nicht verstehen wollen, und sie fordern den Staat zu energischem Eingreifen auf.

Im Laufe der Entwicklung wird jedoch dieser bedauerliche Mangel an Kultur bei den Eingeborenen von selbst immer geringer. Ihr Land wird immer weniger; wer auf seinem alten Gebiet umherstreift, wird von der Polizei festgenommen und bestraft, weil er auf fremdem Boden geht. Sie werden durch die europäischen Waren dahin erzogen, daß sie immer mehr das Bedürfnis danach empfinden; sie werden immer fester in den Kreis der Warenproduktion hineingezogen und brauchen immer mehr Geld. Einige verbleiben es als Kleinbauern durch den Verkauf ihrer Produkte, andere als Lohnarbeiter auf den Plantagen. Die meisten sind zu beschäftigten Proletariern geworden, die nichts als ihre Arbeitskraft zum Verkaufen haben. Damit haben sie sich dann glücklich die Zivilisation angeeignet, die wir ihnen bringen können, haben sie unsere Kulturstufe erreicht. Das ist das notwendige Resultat, so lange alles friedlich verläuft.

Aber als Regel verläuft die Sache selbstverständlich nicht friedlich. Durch Aufstand und Krieg suchen die verbliebenen und verebbeten Eingeborenen ihre alte Freiheit wieder zu gewinnen, und dabei werden sie dann ausgerottet, oder, noch schlimmer, unterjocht. Der Mord liegt in dem Raub, die blutige Kolonialpolitik liegt in der friedlichen immer schon im kleinen enthalten.

Sozialdemokratischer Verein für den 12. Wahlkreis (Leipzig-Stadt).

Der Sozialdemokratische Verein für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis hielt am Freitag, den 4. September, eine Mitgliederversammlung im Volkshaus ab mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Landeskonferenz in Plauen; 2. Die Ausgaben des Nürnberger Parteitags; 3. Wahl eines Delegierten zum Parteitag; 4. Mitteilungen.

Vor Eintreten in die Tagesordnung gab der 2. Vorsitzende, Genosse Weiß, zu den Vorgängen in der Vereinsversammlung vom 25. August folgende Erklärung ab: Der Vorstand hat sich mit der in der letzten Versammlung vorgebrachten Angelegenheit der Delegation beschäftigt und erklärt, in Zukunft dafür Sorge tragen zu wollen, daß in der Parteiversammlung Erbschaften gewählt werden. Mit dieser Erklärung erklärte die Versammlung die Angelegenheit für erledigt.

Über die Landeskonferenz in Plauen referierte Genosse Weiß: Es erscheint fast unüblich, einen besonderen Bericht zu geben, der der Bericht über die Konferenz wie auch der Bericht des Zentralkomitees in der Zeitung sehr ausführlich war. Es handelt sich lediglich um die Bekanntmachung einiger angenommener Anträge, namentlich in bezug auf die Organisation. Seit Jahren sei Leipzig der Meinung gewesen, daß die Zuordnung der Kreise zu den einzelnen Agitationssomitees und die Beschaffenheit der Parteipresse in organisatorischer Hinsicht nicht zufriedenstellend und im Parteiinteresse liegend sei. Die Anträge, die Leipzig bisher in dieser Richtung gestellt, seien stets abgelehnt worden. Diesmal aber hätte man ein Kompromiß geschlossen, das im Grunde dem Leipziger Antrag entspreche. Der Referent vertrat sich über die organisatorischen, die finanziellen und Presseverhältnisse in den einzelnen Kreisen und kommt zu dem Schluss, daß eine Neuordnung der Agitationssbezirke und der Verbreitungsbereiche der Presse im Interesse der Parteibewegung notwendig sei. Dabei streift er das Verhalten eines Teils der sächsischen Parteipresse in der Frage der Budgetbewilligung, namentlich das der Chemnitzer Volksstimme, die die Genossen ihres Bezirks von den Vorgängen entweder völlig einseitig, oder überhaupt nicht berichtet. Zumal lasse ein Teil unserer sächsischen Presse die Blechschuppen in unserer Auffassung und die Propagierung unserer Ideen verstehen.

Eine kurze Diskussion entzündete sich über die auf der Konferenz gehaltene Kritik an der Lipinsklischen Broschüre über das Vereinsgesetz.

Sodann referierte über die Aufgaben des Nürnberger Parteitags der

Genosse Bipius: Die Kreisversammlung habe sich schon einmal mit dem Parteitag beschäftigt, als sie den Antrag an den Parteitag annahm: Der Parteivorstand möge bei wichtigen Anlässen die Bezirkssomitees zusammenberufen. Da die Führung der Parteiorganisationen mit dem Parteivorstand nicht so sei, wie es im Interesse der Partei notwendig ist, habe sich bei mehreren Anlässen gezeigt, so beim Abkommen über die Maifeier, der Jugendorganisation, der Frauenbewegung usw. Dem folgte der Antrag abzulehnen.

Der Redner geht sodann auf die Frage der Budgetbewilligung ein. Er schildert die politischen Verhältnisse Deutschlands und charakterisiert das Wesen des Staates als Klassenstaat. Bewillige man diesem Klassenstaat die Mittel, so stelle man ihm ein Vertauensvotum aus und billige seine gegebenenfalls, seine Verfolgungsmaßregeln usw., gegen das Proletariat. Die Budgetbewilligung löse keine Frage der Taktik, sondern nur eine Frage des Prinzips sein. Das gehe auch deutlich aus der Lübecker Resolution und namentlich aus ihrer Begründung hervor. Bewillige man das Budget, so gleite man auf der schiefen Ebene des bürgerlichen Klassenhands hinab. Bürgerliche Parteien bemühen die Mandate, um Geschäfte zu machen, deshalb der ständige Klassenhands; für unsre Vertreter müßten solche Geschäfte nicht maßgebend sein. Der Sinn des Lübecker Aufrufs auf die Sozialen, die ja auch für den Staat bestimmt hätten, sei hinfällig, da ja die Süddeutschen mit Absicht und Bewußtsein dafür bestimmt hätten, die Sachen aber nicht. Auch troffe nicht zu, daß in Süddeutschland an die Verhältnisse maßgebend seien. Die Ausübung der Arbeiterschaft sei überall dieselbe. Er empfahl deshalb folgende Resolution, die auch schon vom 13. Kreis angenommen worden ist, anzunehmen:

Die Versammlung erblickt in der Budgetbewilligung durch die badische und bairische Landtagsfraktion nicht nur einen großen Verlust gegen den Sinn der Lübecker Resolution, sondern auch einen Ausfallleinburger Politik, die sich ähnlich bemüht, die Klasse, die das revolutionäre Proletariat von den herrschenden Klassen trennt, durch Sonderpositionen und Annäherungsversuche zu überbrücken. Die Begeisterung des badischen Landtagsvorstands, dem deutschen Parteivorstand auf seine im Parteilinteresse gestellte Anfrage eine Antwort zu geben, verurteilt die Versammlung als einen Versuch, die organisierte Einheit der Partei zu sprengen und die geschlossene Gesamtpartei dem Parteilosismus zu opfern.

Um in Zukunft Budgetbewilligungen von vornherein unmöglich zu machen, erachtet die Versammlung den Altenberger Parteitag, den Schlusszug der Lübecker Resolution zu streichen.

Eine andre wichtige Frage sei die Maifeier. Das Abkommen zwischen dem Parteivorstand und der Generalausschau sei zwar auch die Arbeitsruhe am 1. Mai vor, aber unter Beobachtung von Regelungen, die die Arbeitsruhe unmöglich machen. Als 1889 auf dem Parteitag Kongress zum erstenmal ein erschöpfendes sozialpolitisches Programm aufgestellt worden sei, habe man zu dessen Propaganda und zu seiner Durchführung die Maifeier beschlossen. Für deren Durchführung hätten sich allerdings bei den Gewerkschaften, namentlich infolge des Abschlusses von Tarifverträgen, Schwierigkeiten herausgestellt. Die Voraussetzung, die zu dem Beschluss der Maifeier führte, nämlich die trautigen sozialen Zustände, beständen aber noch heute, deshalb sei die internationale Propaganda für die auf dem Kongress aufgestellte Forderung auch durch die internationale Maifeier notwendig. Das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalausschau diene aber dazu, die Arbeitsruhe unmöglich zu machen.

Zur Frage der Jugendorganisation müßte er bemerken, daß die Süddeutsche Jugend da die Klinte zu schnell ins Horn geworfen und das der Parteivorstand und die Generalausschau dabei geholfen hätten. Von einer völlig selbstständigen Jugendorganisation solle natürlich keine Rede sein, sie müßten von Partei und Gewerkschaften geleitet werden. Eine solche Selbstständigkeit wünsche die Jugend auch nur. Partei und Gewerkschaften müßten gemeinsam die Erziehung der Jugendlichen betreiben, um sie zu proletarischen Klassenkämpfern heranzuführen, wie das in Leipzig geschieht. Er empfahl nachstehende, ebenfalls schon vom 13. Kreis angenommene Resolution:

"Zum Zwecke der Erziehung der Jugend zur sozialistischen Weltanschauung sind allerorts Jugendbildungvereine ohne Trennung nach Berufen zu gründen. — Die Jugend ist im weitesten Maße zur Mitarbeit an der Verwaltung und zum Ausbau der Vereine heranzuziehen. — Die politischen Organisationen sind verpflichtet, im Einverständnis mit den Gewerkschaften die Bestrebungen der Jugendvereine durch finanzielle Unterstützung und tätige Hilfe zu fördern. Zu diesem Zweck sind die Jugendorganisationen an besondere, von erfahrenen Gewerkschafts- und Parteigenossen gebildete Kommissionen, Bildungsausschüsse usw. anzugehören, in denen sie durch Delegierte zu vertreten sind. Der Zentralbildungsausschuss der Partei hat die Jugendbildungsbemühungen durch geeignete Maßregeln zu fördern. Die Herausgabe einer Jugendzeitung für alle Jugendvereinigungen unterwegs der Parteivorstand in die Wege zu leiten."

Genosse Staubinger bemerkte zur Budgetfrage, es sei in der Diskussion hierüber von beiden Seiten: über das Ziel hinausgeschritten worden, vor allem aber von den Bayern, namentlich den allgemeinisierten, die dadurch ihrer Sache sehr geschadet. Er (Staubinger) als Naturbauer stehe hier in einem Gegensatz zu den importierten Bayern. (Herrlichkeit.) Warum aber hätten die Süddeutschen für das Budget gestimmt? Man müsse ihre Gründe hören; er verurteilte sie nicht in Grund und Boden. Es sei falsch, zu sagen, die Budgetbewilligung der Süddeutschen gleiche der Blockpolitik im Reichstage. Man habe diesmal, ohne sich mit dem Zentrum zu verbünden, aus

taktischen Gründen für das Budget gestimmt. Die Bayern hätten ja auch den Kampf ums Wahlrecht mit dem Zentrum zusammen geführt und neue Mandate errungen. Sie hätten für das Budget gestimmt, um sich die Agitation auf dem Lande zu erleichtern. Der Staat habe Positionen gehabt, für die die Bayern stimmen mußten, da sei es ihnen doch schwer geworden, den Konsensatz abzulehnen. Diese

demonstrative Tat der Budgetbewilligung hätte noch außen hin als eine größere Tat gewirkt, als wenn sie das Budget abgelehnt hätten. Der Redner verließ die Sitzung der Süddeutschen und kam zu den radikalen Bayern. (Herrlichkeit.) Warum aber hätten die Süddeutschen für das Budget gestimmt? Man müsse ihre Gründe hören; er verurteilte sie nicht in Grund und Boden. Es sei falsch, zu sagen, die Budgetbewilligung der Süddeutschen gleiche der Blockpolitik im Reichstage. Man habe diesmal, ohne sich mit dem Zentrum zu verbünden, aus

demagogischen Gründen für das Budget gestimmt. Die Bayern hätten ja auch den Kampf ums Wahlrecht mit dem Zentrum zusammen geführt und neue Mandate errungen. Sie hätten für das Budget gestimmt, um sich die Agitation auf dem Lande zu erleichtern. Der Staat habe Positionen gehabt, für die die Bayern stimmen mußten, da sei es ihnen doch schwer geworden, den Konsensatz abzulehnen. Diese

hätte noch außen hin als eine größere Tat gewirkt, als wenn sie das Budget abgelehnt hätten. Der Redner verließ die Sitzung der Süddeutschen und kam zu den radikalen Bayern. (Herrlichkeit.) Warum aber hätten die Süddeutschen für das Budget gestimmt? Man müsse ihre Gründe hören; er verurteilte sie nicht in Grund und Boden. Es sei falsch, zu sagen, die Budgetbewilligung der Süddeutschen gleiche der Blockpolitik im Reichstage. Man habe diesmal, ohne sich mit dem Zentrum zu verbünden, aus

demagogischen Gründen für das Budget gestimmt. Der Redner geht sodann die Tagesordnung des Parteitags auf, die Agarfrage auf die Tagesordnung auf dem Lande zu stellen, um sich die Agitation auf dem Lande zu erleichtern. In der Agarfrage liege die Schwäche des Parteiprogramms und die Parteipresse leiste für die Agitation auf dem Lande nicht das, was sie nach seiner Meinung leisten müßte. Die kontraktive und Bauernbundspresse stehe den Landwirten mit Rat und Tat zur Seite, bringe Artikel an dieser Presse. Zur Maifeier müsse er bemerken, daß die Gewerkschaften zu ihrer Stellung gezwungen seien durch die Tarifabschlüsse. Wer Cohen Neuherberg über die Maifeier in Hamburg gehörte, hätte sich nicht des Einbruchs verschieden. Der Redner bat sodann die Delegierten, dem Antrag, die Agarfrage auf die Tagesordnung zu setzen, zustimmen zu wollen, denn es sei notwendig, sich über die Agitation auf dem Lande klar zu werden. In der Agarfrage liege die Schwäche des Parteiprogramms und die Parteipresse leiste für die Agitation auf dem Lande nicht das, was sie nach seiner Meinung leisten müßte. Die Gewerkschaften hätten gewaltige Erfolge erzielt in der Verstärkung der Arbeitszeit, bis zum nächsten internationalen Kongreß müßte erwartet werden, was in bezug auf die Maifeier geschehen solle.

Dr. Lenisch: Ich will nur zur Frage der Budgetbewilligung reden. Und hier haben die Bayern an meinem Freund Staubinger nicht gerade einen guten Anhalt gefunden. (Befürwortung.) Er jammerte zunächst darüber, daß man beiderseits über's Ziel geschossen, daß man sich in eine gewisse Erregung hineingeschrieben habe. Es verläuft immer eigentlich, wenn man bei Debatte, wo es sich um so wichtige Parteifragen handelt, wie die Frage der Budgetbewilligung ist, die schon zwei Parteitage beschäftigte, nichts Besseres zu tun, als den Ton auf den Ton zu legen, und über zu große Großheit zu klagen. Wer wichtige Dinge zu vertreten hat, der hat auch das Recht, groß zu werden, wenn es sieht, wie diese Dinge